VG Ansbach

Urteil vom 3.4.2007

Tenor

1. Die Klage wird abgewiesen.
 2. Der Kläger trägt die Kosten des Verfahrens.
- Gerichtskosten werden nicht erhoben.

Tatbestand

Der Kläger stellte erstmals am ... 1992 Antrag auf politisches Asyl und gab dabei an, seine Sprachen seien Englisch und "Mango". Er sei katholisch und von der Volkszugehörigkeit her ein "Mango". Mit dem Schiff habe er Liberia von ... aus am ...1992 verlassen. In der persönlichen Anhörung vor dem Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge führte er aus, er habe am 24. Mai 1992 an einer Demonstration teilgenommen, die sich gegen die Rekrutierung von Menschen für die Armee Taylors richtete. Einer Verhaftung durch diesen habe er durch Flucht entgehen können. Nach Ablehnung des Asylantrags als offensichtlich unbegründet und der Feststellung, dass Abschiebungshindernisse nicht vorliegen, verbunden mit einer Abschiebungsandrohung in den "Heimatstaat" durch Bescheid des Bundesamtes vom 3. Mai 1993, wurde auf Grund der hiergegen gerichteten Klage mit Urteil des Verwaltungsgerichtes Ansbach vom 29. März 1994 (Az. AN 12 K 93.39680) Ziffer 3 und Ziffer 4 Satz 2 des Bescheides aufgehoben. Dabei ging das Gericht davon aus, der Kläger sei ein Mandingo. Einer Abschiebung nach Liberia stünde ein Abschiebungshindernis nach § 53 AuslG entgegen. Im Übrigen wurde die Klage abgewiesen. Auf Grund der hiergegen zugelassenen Berufung wies der Bayerische Verwaltungsgerichtshof mit Beschluss vom 12. Februar 1998 (Az. 26 B 94.33460) die Klage in vollem Umfang (rechtskräftig seit 25.3.1998) ab.

Am ... 2003 stellte der Kläger einen ersten Folgeantrag unter Vorlage einer Kopie eines liberianischen Passes. Zur Begründung wurde ausgeführt, die Echtheit des Reisepasses sei von der liberianischen Botschaft bestätigt worden. Ein entsprechendes Papier wurde nicht vorgelegt. Zur Begründung bezog sich der Kläger in erster Linie auf die allgemeine Lage in Liberia, die ein

Abschiebungshindernis nach § 53 Abs. 4 AuslG rechtfertige. Die vorgelegte Kopie bezieht sich auf einen am 8. Januar 2002 ausgestellten und bis 7. Januar 2007 gültigen liberianischen Reisepass. In einer schriftlichen Stellungnahme gab der Kläger an, er wolle Asyl, weil der Krieg in Liberia ausgebrochen sei und weil Kinder rekrutiert würden.

Des Weiteren befindet sich im Akt ein Negativattest ("Interview Report der Botschaft der Republik Liberia in Bonn vom 12.8.1999"). Darin heißt es, es könne ihm nicht das gewünschte Dokument ausgestellt werden, weil er nicht habe nachweisen können, ein liberianischer Staatsbürger zu sein. In einem Übersichtsblatt vom 12. August 1999 ist festgehalten, dass wegen eines Akzents vermutet werde, er sei nigerianischer Staatsangehöriger.

Mit Bescheid vom 26. März 2003 lehnte die Beklagte den Antrag auf Durchführung eines weiteren Asylverfahrens und den Antrag auf Abänderung des Bescheids vom 3. Mai 1993 bezüglich der Feststellung zu § 53 AuslG ab. Weiter wurde der Kläger zur Ausreise aufgefordert und die Abschiebung "in seinen Heimatstaat" angedroht.

Mit Urteil mit 5. August 2003 (AN 15 K 03.30672) verpflichtete das Verwaltungsgericht Ansbach die Beklagte, festzustellen, dass ein Abschiebungshindernis nach § 53 Abs. 6 Satz 1 AuslG beim Kläger vorliegt und hob insoweit die Ziffer 2 des Bescheides der Beklagten vom 26. März 2003 auf. Zur Begründung wurde im Wesentlichen ausgeführt, es seien nicht schlüssig Gründe für ein Wiederaufgreifen des Verfahrens vorgebracht worden. Zwar bestehe eine Bürgerkriegssituation in Liberia. Ausführungen, inwiefern trotz der Bürgerkriegssituation eine politische Verfolgung gerade des Klägers bei einer Rückkehr überwiegend wahrscheinlich sein sollte, würden aber fehlen. Im Hinblick auf eine nochmalige Entscheidung zu § 53 AuslG könne offen bleiben, ob sich ein Anspruch auf Wiederaufgreifen ergebe, weil, wenn man von einer Ermessensentscheidung der Beklagten ausgehe, eine Ermessensreduzierung auf Null gegeben sei. Dies beziehe sich allerdings nicht auf Abschiebungshindernisse nach § 53 Abs. 1, 2 und 4 AuslG. In Anbetracht der in Monrovia zusammengeballten Menge an zivilen Flüchtlingen und mit der dort geplanten weiteren Verstärkung der Friedensstreitkräfte erscheine es nicht beachtlich wahrscheinlich, dass der Kläger gezielt Maßnahmen staatlicher oder staatsähnlicher Macht ausgesetzt sein könnte. Eine Ermessensreduzierung auf Null ergebe sich für die Beklagte aber im Hinblick auf ein Abschiebungshindernis nach § 53 Abs. 6 Satz 1 AuslG. Insoweit stehe eine extreme Gefahrensituation im Sinne der Rechtsprechung. Zwar sei als Abschiebezielstaat nicht konkret "Liberia" benannt. Es liege aber ein Sonderfall dahingehend vor, dass im angegriffenen Bescheid ausdrücklich auf die Entscheidung im Erstverfahren Bezug genommen worden sei, in welchem sowohl das Verwaltungsgericht Ansbach als auch der Bayerische Verwaltungsgerichtshof als Zielstaat

eindeutig Liberia geprüft hätten, so dass mit "Heimatstaat" Liberia gemeint sei. In Liberia sei der Bürgerkrieg gewissermaßen für jeden Betroffenen mit so erheblichen Gefährdungen verbunden, dass auch dem einzelnen Ausländer eine Abschiebung in dieses Land nicht mehr zugemutet werden könne. Die fortgesetzten Auseinandersetzungen dort würden nicht nur brutalen Kampf mit zunehmenden zivilen Opfern umfassen, sondern es Kriegsparteien ermöglichen, in breitem Umfang Menschenrechtsverletzungen zu begehen. Zahllose Menschen seien bei den Kämpfen zwischen Regierung und Rebellen ums Leben gekommen. Humanitäre Hilfsorganisationen könnten ihre Aufgabe, die Versorgung der Bevölkerung mit den lebensnotwendigsten Gütern, nicht mehr bewältigen.

Mit Bescheid vom 3. Dezember 2003 stellte das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge fest, dass die Voraussetzungen des § 53 Abs. 6 Satz 1 AuslG hinsichtlich Liberia beim Kläger vorliegen.

Als die Stadt ... mit Schreiben vom 4. Mai 2004 um Prüfung bat, ob weiterhin Abschiebungshindernisse für den Kläger im Hinblick auf Liberia bestünden, leitete das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge am 18. Juni 2004 ein Widerrufsverfahren ein. Der Kläger bezog sich in der Anhörung auf die weiter anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Liberia und legte, nach Ankündigung einer Sprach- und Textanalyse, wegen seiner ungeklärten Herkunft durch die Beklagte eine Ledigkeitsbescheinigung und eine Echtheitserklärung zu seinem im Januar 2002 ausgestellten Reisepass, beides ausgestellt von der liberianischen Botschaft, vor.

Mit Bescheid vom 18. April 2005 widerrief das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die mit Bescheid vom 3. Dezember 2003 getroffene Feststellung, dass ein Abschiebungshindernis nach § 53 Abs. 6 AuslG vorliegt (Ziffer 1) und stellte fest, dass Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG nicht vorliegen (Ziffer 2). Zur Begründung wurde im Wesentlichen ausgeführt, auf Grund der nun vorgelegten Bescheinigungen sowie dem Ergebnis der urkundentechnischen Untersuchung werde davon ausgegangen, dass der Kläger liberianischer Staatsangehöriger sei. Die Voraussetzungen für die Feststellung von Abschiebungshindernissen bestünden nicht mehr. Der Bürgerkrieg könne als beendet gelten. Der am 17. Juni 2003 vermittelte Waffenstillstand werde weitgehend eingehalten. Von größeren Gefechten zwischen ehemaligen Bürgerkriegsparteien seien bis September 2004 nicht mehr berichtet worden. Die Schutztruppe der Vereinten Nationen, UNMIL, behaupte sich bislang wirksam gegen die ehemaligen Bürgerkriegsparteien und sei erfolgreich gegen Ausschreitungen vorgegangen. 200.000 ehemalige Kämpfer seien entwapnet worden. Nachdem die UNMIL-Truppen mittlerweile landesweit stationiert seien, habe sich die Sicherheitslage weiter verbessert. Auch die Lebensbedingungen in der Hauptstadt hätten sich verbessert. Neun von zehn Krankenhäusern, die vor zwei Jahren geschlossen worden seien, seien in Monrovia wieder geöffnet worden.

Hiergegen erhob der Kläger fristgerecht am 4. Mai 2005 beim Verwaltungsgericht München Klage, die mit Beschluss des Verwaltungsgerichts München vom 1. September 2006 (Az. M 21 K 05.50674) an das Verwaltungsgericht Ansbach verwiesen wurde. Zur Begründung wurde ausgeführt, es sei unerfindlich, weshalb im angegriffenen Bescheid plötzlich Alias-Personalien, deren sich der Kläger niemals bedient habe, auftauchen würden. Auch im Erstverfahren seien diese Personalien nicht erwähnt worden. Die Klägerbevollmächtigte habe allerdings vor mehr als zehn Jahren einen nigerianischen Staatsangehörigen vertreten, der diese Personalien (K. I.) benutzt habe. Zwischen diesem und dem Kläger bestünde aber keine Personengleichheit.

Der Kläger stellt den Antrag,

den Bescheid der Beklagten vom 18. April 2005 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Das Ausländerzentralregister habe eine Personenidentität angezeigt. Eine solche Personengleichheit werde ausschließlich an Hand identischer Fingerabdrücke festgestellt. Vorliegend sei im Rahmen einer Abfrage des Ausländerzentralregisters während des ersten Folgeantragsverfahrens des Klägers eine Personenidentität zu I., K., aus Liberia festgestellt worden. Weil für diese Person beim Bundesamt nur eine Altakte ohne aktuelle Fotos existiere, habe das Bundesamt die zuständige Ausländerbehörde in ... gebeten, ein aktuelles Passfoto vorzulegen. Das Antwortschreiben vom 25. Oktober 2006 und die übersandten Fotos würden im Original beigelegt. Der Kläger werde dort nunmehr als ..., ..., aus Nigeria geführt. Das Lichtbild stamme aus dem Jahr 1995 und sei offensichtlich auf Grund einer Festnahme im Polizeipräsidium ... gefertigt worden. So erkläre sich auch der Eintrag ins Ausländerzentralregister, der auf Grund einer Anzeige des Bayerischen Landeskriminalamtes München vorgenommen worden sei. Zur weiteren Sachaufklärung sei dann die Stadt ... um eine Passkopie von ... aus Liberia gebeten worden, um einen Fotovergleich vornehmen zu können. Weil der Pass im Jahre 2002 ausgestellt worden sei, dürfte auch das dortige Passfoto aus dieser Zeit stammen. Ein Vergleich der Fotos lasse die Vermutung zumindest nicht abwegig erscheinen, dass es sich bei den Personen ..., ... sowie ..., ..., nunmehr ..., ..., tatsächlich um ein und dieselbe Person handeln könnte.

Im Übrigen wird auf die Gerichtsakte, insbesondere die Sitzungsniederschrift und die beigezogene Behördenakte der Beklagten (drei Aktenheftungen Asylverfahren, eine Aktenheftung Personalienfeststellung) Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

Gegenstand des vorliegenden Verfahrens ist in erster Linie, ob die Beklagte zutreffend das Vorliegen eines Abschiebungshindernisses nach § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG auf Grund zwischenzeitlich eingetretener Veränderungen verneint hat und deshalb die frühere diesbezügliche Feststellung eines Abschiebungshindernisses nach der bis 31. Dezember 2004 geltenden Bestimmung des § 53 Abs. 6 Satz 1 AuslG, die ab 1. Januar 2005 von der Regelung des § 60 Abs. 7 AufenthG ersetzt wurde, widerrufen durfte.

Die Entscheidung, dass ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 2, 3, 5 oder 7 vorliegt, ist nach § 73 Abs. 3 AsylVfG zurückzunehmen, wenn sie fehlerhaft ist und zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen nicht mehr vorliegen. Zutreffend ist die Beklagte davon ausgegangen, dass hier der Widerruf, nicht aber die Rücknahme in Betracht kommt. Wegen der Rechtskraft des Verpflichtungsurteils könnte die Beklagte nicht geltend machen, sie sei zu einer Feststellung eines Abschiebungshindernisses nicht verpflichtet gewesen. Die Rechtskraftwirkung besteht auch unabhängig davon, ob das rechtskräftige Urteil die seinerzeit bestehende Sach- und Rechtslage erschöpfend und zutreffend gewürdigt hat oder nicht (vgl. BVerwG Urteil vom 24.11.1998 NVwZ 1999, 302; Urteil vom 18.9.2001 DVBl 2002, 343, 344).

Maßgeblich für die gerichtliche Überprüfung von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 2 bis 7 AufenthG sind, wie schon bei der Vorgängervorschrift des § 53 AuslG, die in einer Abschiebungsandrohung genannten Zielstaaten (BVerwG, Urteil vom 4.12.2001 InfAuslR 2002, 284 und Urteil vom 15.4.1997 InfAuslR 1997, 420), weil sich eine - teilweise - Rechtswidrigkeit der Abschiebungsandrohung nach § 59 Abs. 3 Satz 3 AufenthG nur daraus ergeben kann, dass sie sich auf einen ausdrücklich festgelegten Staat bezieht, in den der Betroffene aber aufgrund eines Abschiebungsverbots nicht abgeschoben werden darf. Im vorliegenden Fall ist zwar ausdrücklich kein Zielstaat in der weiter wirksamen Abschiebungsandrohung vom 26. März 2003 genannt, sondern der "Heimatstaat". Wie sich aus dem rechtskräftigen Urteil vom 5. August 2003 ergibt, hatte die Beklagte aber ausschließlich Liberia als möglichen Zielstaat geprüft, so dass nur dieses als Zielstaat im Sinne des § 59 Abs. 2 AufenthG in Betracht kommt. Hieran hat sich auch im vorliegenden Verfahren, in dem die Beklagte sogar von einer liberianischen Staatsangehörigkeit

des Klägers ausgeht, nichts geändert. Zielstaat ist daher Liberia, so dass es unerheblich wäre, wenn der Kläger tatsächlich aus einem anderen Staat käme.

I.

Aus formellen Gründen begegnet der Widerruf keinen Bedenken. Die am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Bestimmung des § 73 Abs. 2 a AsylVfG, wonach die Widerrufsvoraussetzungen spätestens nach Ablauf von drei Jahren nach Unanfechtbarkeit der Entscheidung zu prüfen sind, ist zwar einerseits bei einem Widerruf nach dem 1. Januar 2005 anwendbar, spielt hier aber schon deshalb keine maßgebende Rolle, weil die Dreijahresfrist nicht abgelaufen ist. Sie beginnt erst mit Inkrafttreten des § 73 Abs. 2 a AsylVfG zu laufen (BVerwG Urteil vom 1.11.2005 DVBl 2006, 511, 516).

Die vom Gesetz materiell an einen Widerruf geknüpften Bedingungen, dass nämlich die Voraussetzungen für das ursprünglich bejahte Abschiebungshindernis in Bezug auf das diesem inhaltlich entsprechende Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG nicht mehr vorliegen, sind erfüllt. Die Beklagte hat nicht lediglich, was einen Widerruf nicht rechtfertigen würde, nur die Verfolgungslage nachträglich anders beurteilt, vielmehr haben sich die Verhältnisse nachträglich erheblich und dauerhaft so geändert (vgl. hierzu BVerwG Urteil vom 18.7.2006 InfAuslR 2007, 33, 35 zur insoweit vergleichbaren Situation beim Widerruf nach § 73 Abs. 1 AsylVfG), dass die früher in Liberia bestehende extreme Gefahrensituation für den Kläger entfallen ist.

1. Dem Verpflichtungsurteil zur Feststellung eines Abschiebungshindernisses nach § 53 Abs. 6 Satz 2 AuslG lag die nachfolgende Entwicklung zugrunde, die zum maßgebenden Zeitpunkt in dem das Urteil erging (vgl. BVerwG Urteil vom 8.5.2003 NVwZ 2004, 113, 114) sich zu einer extremen Gefahrensituation für den Kläger zugespitzt hatte:

1980 kam es durch einen Putsch in Liberia zu einer diktatorischen Herrschaft des Militärs unter Samuel Doe. Dieser stützte sich primär auf seinen Stamm, die Krahn, aber auch auf die Mandingo und Teile der Ameriko-Liberianer. Vornehmlich wegen brutaler Übergriffe der Sicherheitskräfte, und wegen des Konflikts der an die Macht gekommenen Eliten mit den Eliten der im unterdrückten Nimba County beheimateten Stämmen der Mano und Gio flammte im Dezember 1989 in Liberia ein langjähriger Bürgerkrieg auf, als die vom früheren Präsidenten Charles Taylor gegründete NPFL von der Elfenbeinküste aus mit ihrer Invasion in Liberia begann. Im Verlauf des Bürgerkriegs, der im September 1990 zur Ermordung Does führte, kamen bis Ende 1994 150- bis 200 000 Menschen ums

Leben. Der größte Teil der überlebenden Bevölkerung wurde durch Kampfhandlungen zur Flucht gezwungen. Trotz Interimsregierungen, die von der Eingreiftruppe der Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS), der ECOMOG, geschützt wurden, lösten sich die staatlichen Strukturen weitgehend auf. Der NPFL vermochte zwar die liberianische Armee militärisch zu schlagen, verlor aber anschließend große Teile des von ihr ab 1990 kontrollierten Gebiets außerhalb Monrovia an andere, ebenfalls überwiegend ethnisch ausgerichtete Bürgerkriegsmilizen. Seit 1992/93 zerfiel Liberia bei zunehmender Zahl der Kriegsparteien faktisch in Parzellen verschiedener "Warlords", deren Einflussgebiete kriegsbedingt erheblichen Veränderungen unterlagen und in denen Willkür und Gewalt dominierten (vgl. zu allem Institut für Afrika-Kunde vom 26.1.1995).

Am 17. August 1996 fand in Abuja eine (zweite) Friedenskonferenz statt, in der auf Druck Nigerias die vollständige Demobilisierung der Bürgerkriegsmilizen und freie Wahlen vorgesehen wurden. Im Vorfeld der Wahlen bildeten sich politische Parteien, die demobilisierten Bürgerkriegsmilizen wurden aufgelöst bzw. in Parteien umgewandelt (vgl. die zum Gegenstand des Verfahrens gemachten Stellungnahmen von Amnesty International vom 26.11.1997 sowie den Lagebericht Liberia des Auswärtigen Amtes vom 14.4.1997).

Bei den weitgehend friedlich verlaufenden Wahlen vom 19. Juli 1997 ging als eindeutiger Sieger Charles Taylor und seine National Patriotic Party hervor. Gegen ehemalige Kriegsgegner und Journalisten kam es zu verbalen Attacken Einschüchterungsversuchen und Misshandlungen, die das innenpolitische Klima vergifteten sowie zu Mordfällen mit politischem Hintergrund. Spätestens seit der Vorbereitung der Wahlen gab es zunächst keine Bürgerkriegsgebiete mehr. (vgl. Auswärtiges Amt, Lagebericht Liberia vom 8.5.1998 und Amnesty International vom 2.6.1998).

Die ECOMOG-Truppen zogen im Oktober 1999 ab. Vereinzelt ab 1999 und dann stetig ab Juli 2000 kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den liberianischen Streitkräften und einer sich als Liberian United for Reconciliation (LURD) bezeichnenden, vor allem vom Stamm der Mandingo getragenen und von Guinea aus operierenden Rebellengruppe. Diese Kämpfe führten zur wechselseitigen Eroberung und Rückeroberung verschiedener Gebiete im Nordwesten Liberias. Im November kam es von der Elfenbeinküste aus zu einem Rebellenangriff auf Douley im östlichen Nimba County. In der Folge dieser Übergriffe an den Grenzen Liberias kam es zu wiederholten Grenzverletzungen durch die Streitkräfte Liberias und Guineas. Der damalige Präsident Taylor hielt die Rebellen für Dissidenten, die von seinen im Ausland befindlichen Gegnern und Führern ehemaliger ihm feindlicher Milizen im früheren Bürgerkrieg unterstützt würden. Der Verdacht richtet sich insbesondere auch gegen Angehörige der Stämme der Krahn und Mandingo. Als Folge

dieser Einschätzung kam es zu Haftbefehlen gegen ehemalige Führer früherer Bürgerkriegsmilizen und weitere im Exil befindliche liberianische Politiker, zur Aufstellung von Listen der Dissidenten und zu Verhaftungen von Personen, die als solche eingestuft wurden. Seit Ende 2000 breiteten sich die zunächst auf den Westen Liberias beschränkten Kämpfe zunehmend aus. Im März 2003 erreichte der Konflikt die Außenbezirke von Monrovia. Bereits im Februar 2003 eröffnete sich mit der Bildung einer neuen Rebellengruppe namens Movement for Democracy in Liberia (MODEL), die aus der Elfenbeinküste operierte und vor allem von der Volksgruppe der Krahn getragen wurde, den Regierungstruppen (Armee, Sicherheitsdienst, Division für Spezialoperationen und Milizen) eine neue Front im Osten und Südosten des Landes. Waren Ende April 2003 schätzungsweise 60 v.H. des Landes unter der Kontrolle der beiden Rebellengruppen, waren es Ende Juli bereits 80 v.H. bzw. 12 von 15 Counties (vgl. UNHCR vom 28.7.2003).

Auf internationaler Ebene wurde in Ghana zwischen Regierung und Rebellen unter der Schirmherrschaft der ECOWAS-Staaten im Juni 2003 ein Waffenstillstandsabkommen im Entwurf ausgehandelt, das in der Folge zunächst nicht beachtet und von den Rebellengruppen auch nicht unterzeichnet wurde (UNHCR vom 28.7.2003).

Am 4. August 2003 begann der Einmarsch einer etwa 3200 Mann starken Eingreiftruppe der ECOWAS-Staaten "ECOMIL" (ECOWAS Mission in Liberia), später UNMIL (United Nations Mission in Liberia). Am 1. August hatte der UN-Sicherheitsrat die Entsendung einer multinationalen Eingreiftruppe gebilligt (SZ vom 4.8.2003). Der mit internationalem Haftbefehl gesuchte damalige Präsident ging am 11. August 2003 in das nigerianische Exil. Der als Übergangspräsident bis zur Durchführung von Wahlen im Herbst amtierende bisherige Vizepräsident Blah wurde von den Rebellen abgelehnt und Truppen Taylors schlichen sich nach dessen Ausreise aus Monrovia (SZ vom 11. und 12.8.2003). Die MODEL teilte einen Tag nach der Abreise Taylors mit, dass Regierungstruppen Positionen der Rebellengruppe angriffen (IRIN-News vom 12.8.2003). Auch danach wurde von Kämpfen zwischen beiden Rebellengruppen und der Regierung berichtet (IRIN-News vom 13.8.2003).

Diese Situation anhaltender Kämpfe im ganzen Land, trotz erster Truppen der ECOMIL, die wegen zu geringer Präsenz noch keinen Befriedigungseffekt erzielen konnte, verbunden mit zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und Todesfällen in der Zivilbevölkerung durch Kräfte der bisherigen Regierung und der Rebellen sowie die fehlende Versorgung der Bevölkerung (bei akuter Knappheit an Trinkwasser und Lebensmittel und einem Zusammenbruch des Gesundheitswesens) durch die vor Ort nicht funktionsfähigen internationalen Hilfsorganisationen lag dem Verpflichtungsausspruch des Gerichts vom 5. August 2003 und der Annahme einer extremen Gefahrenlage, die einen unmittelbaren Rückgriff auf § 53 Abs. 6 Satz 1 AuslG erforderte, zugrunde.

2. Nach den zum Gegenstand des Verfahrens gemachten Erkenntnisquellen ergibt sich aber nicht, dass der Kläger bei einer Rückkehr nach Liberia zum jetzigen Zeitpunkt und in überschaubarer Zukunft einer extremen Gefahrenlage ausgesetzt wäre, die einen Rückgriff auf § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG trotz einer fehlenden allgemeinen Regelung nach § 60 Abs. 7 Satz 2 AufenthG und § 60 a Abs. 1 AufenthG zulässt und voraussetzen würde, dass der Kläger alsbald und mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit Schaden an Leib, Leben oder Freiheit zu erleiden hätte (vgl. BVerwG Beschluss vom 26.1.1999 InfAuslR 1999, 265; Urteil vom 12.7.2001 InfAuslR 2002, 52).

Dies ergibt sich aus folgenden Entwicklungen:

Bis Sommer 2004 steigerte die UNMIL die Zahl ihrer im Land stationierten Soldaten auf über 15 000, die landesweit stationiert sind. Dies hat zu einer spürbaren Verbesserung der Sicherheitslage geführt. Die Friedensvereinbarung von 2003 wird, nachdem es zunächst noch zu Auseinandersetzungen innerhalb der Gruppen und zu Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung kam, etwa am 29. Oktober 2004 in Monrovia, denen die Übergangsregierung und UNMIL entgegentrat, eingehalten. Der Bürgerkrieg kann als beendet gelten. Seit Oktober 2004 unterstützt UNHCR die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen in die Bezirke, die vom zuständigen Nationalen Komitee für die Wiederansiedlung als sicher erklärt wurden, was bis Januar 2005 bei allen Bezirken in Bezug auf eine Rückkehr der Fall war. Bis 17. Juli 2005 kehrten 28 000 Flüchtlinge mit Hilfe von UNHCR und mehr als 100 000 spontan zurück (vgl. UNHCR, Stellungnahme zur Behandlung von Asylsuchenden vom 3.8.2005). Bis Dezember 2006 hatte UNHCR über 326 000 Personen Hilfe bei der Rückkehr gewährt (vgl. US-Außenministerium zur Praxis der Menschenrechte, Länderreport Liberia 2006 vom 6.3.2007). Das Programm zur Demobilisierung, Demilitarisierung, Reintegration und Rückführung der Kämpfer der Bürgerkriegsparteien hat zur Entwaffnung von über 100 000 Kämpfern bis 2005 geführt. Seit den allgemeinen und fair verlaufenden Wahlen 2005 und der Amtseinführung der Präsidentin Ellen Sirleaf Johnson im Januar 2006 hat Liberia einen greifbaren Fortschritt beim Übergang von einem Zustand des Versagens zu einem demokratischen Staat gemacht (Stellungnahme von Human Rights Watch - HRW - "Liberia" vom Januar 2007). Die Sicherheitslage ist im Allgemeinen ruhig und stabil (vgl. den Bericht des UN-Generalsekretärs an den Sicherheitsrat vom 15.3.2007 Az. S/2007/151, S. 3). Die Regierung respektiert im Allgemeinen die Menschenrechte, wobei in einigen Bereichen Probleme bestehen. Es gibt Todesfälle bei Ausschreitungen aufgehetzter Menschenmengen und Polizisten bedrohten und belästigten Häftlinge und Privatpersonen. Es gab aber keine Berichte über politische Gefangene oder Untersuchungshäftlinge (vgl. zu allem den oben genannten Länderreport des US Außenministeriums, Abschn. 1 lit. d). Auch die Ethnie der Mandingo war nach dem Bürgerkrieg nicht Zielscheibe von Verfolgungshandlungen. Bei den Behörden ist der Wille zum

Aufbau eines funktionierenden Polizei und Justizapparats vorhanden, wobei mit zahlreichen internationalen Partnern zusammengearbeitet wird. Es fehlt aber weiter an einer hinreichenden personellen und sachlichen Infrastruktur (vgl. den zum Gegenstand des Verfahrens gemachten Bericht des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements vom 17.1.2007 sowie das US-Außenministerium a.a.O, S. 1). Weiter herrscht zunehmende Kriminalität aufgrund der derzeitigen Schwäche der mehrere Tausend Personen umfassenden, weiter im Aufbau befindlichen zivilen Polizei, zumal im Hinblick auf deren nicht zufriedenstellenden Transport- und Versorgungsmöglichkeiten und wegen ihrer unzureichenden Stationierung außerhalb der Hauptstadt. Auch arbeitet die Justiz, der es an geeignetem Personal mangelt, nur unzureichend (vgl. HRW a.a.O.). Im Raum Monrovia ist es aufgrund gemeinsamer Aktionen von UNMIL und liberianischer Polizei dagegen zu einem Rückgang der Kriminalität gekommen (Bericht des UN-Generalsekretärs an den Sicherheitsrat vom 15.3.2007 Az. S/2007/151, S. 3). Gegen die weit verbreitete Korruption hat die Regierung konkrete Maßnahmen wie die Entlassung zahlreicher hochrangiger Beamter und die Überprüfung aller Verträge mit der Regierung eingeleitet. Die Armee wird mit US-Hilfe wieder aufgebaut und umfasst derzeit etwa 2000 Personen, die auf etwaige früher begangene Menschenrechtsverletzungen überprüft wurden. Ab Februar 2006 begann die Truth and Reconciliation Commission mit der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen und Wirtschaftsverbrechen in der Zeit bis 2003 (HRW a.a.O.).

Die Lebensbedingungen haben sich in erster Linie in Monrovia verbessert. Im Landesinnern ist die humanitäre Situation weiter besonders angespannt, weil die Infrastruktur zerstört ist und es in Liberia keine öffentliche Strom- und Wasserversorgung gibt. Im Jahr 2005 beabsichtigte das in Liberia aktive World Food Programme, das in 12 von 15 Counties aktiv ist, 942 000 Personen in seine Unterstützung einzubeziehen (IRIN, Republic of Liberia, Country Profile, Update Februar 2007). In den zwei Jahren 2004 und 2005 hat es eine allmähliche Ausweitung humanitärer Hilfsaktionen in zugänglichen Gebieten des Landes gegeben. Das Gesundheitssystem ist weiter in hohem Maße abhängig von Hilfsorganisationen, die etwa Ende 2005 90 % der Gesundheitsversorgung stellten (vgl. den Bericht "Health Sector needs Assessment" der WHO vom 30.11.2005). Im Zeitraum von September 2006 bis März 2007 hat sich die Zahl funktionierender Einrichtungen im Gesundheitswesen von 280 auf 389 erhöht. Die Mehrheit dieser Einrichtungen wird weiterhin von Hilfsorganisationen betrieben. Die Anstrengungen der Regierung für eine angemessene Versorgung im Gesundheitswesen sind weiterhin beschränkt durch die begrenzten Mittel und den Mangel an qualifiziertem Personal (vgl. den Bericht des UN-Generalsekretärs vom 15.3.2007 Az. S/2007/151, S. 13).

Nachdem der Bürgerkrieg seit mehreren Jahren beendet ist, gibt es keine Kampfhandlungen und Übergriffe der verschiedenen Bürgerkriegsmilizen mehr, durch die die Bevölkerung gefährdet sein könnte. Zusammen mit freien Wahlen und dem Aufbau eines demokratischen politischen Systems hat die Befriedung des Landes auch wieder zur Präsenz zahlreicher internationaler Hilfsorganisationen geführt, die die Versorgung der Bevölkerung mit dem Lebensnotwendigen sicherstellen, so dass eine extreme Gefahrenlage bei einer Ausreise nach Liberia nicht mehr erkennbar ist, die, wie oben ausgeführt, voraussetzen würde, dass der Kläger alsbald und mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit Schaden an Leib, Leben oder Freiheit zu erleiden hätte.

Mangels fristgerechter Umsetzung in deutsches Recht sind zwar die Bestimmungen der EG-Richtlinie 83/2004 vom 29. April 2004 zum subsidiären Schutz (Art. 15) unmittelbar anwendbar und treten ggf. ergänzend neben den nach nationalem Recht zu gewährenden ausländerrechtlichen Schutz nach § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 AufenthG (vgl. BVerwG Beschluss vom 18.12.2006 1 B 53/06 <juris>). Allgemeine Gefahren auf Grund einer unzureichenden Versorgungslage sind aber, auch wenn sie den einzelnen Ausländer konkret und in individualisierbarer Weise betreffen, abgesehen von den hier fehlenden, nach Art. 15 lit. a bis c der Richtlinie 83/2004 aber vorausgesetzten bestimmten Ursachen, kein ernsthafter Schaden im Sinne der Bestimmung, wie sich aus Erwägungsgrund 26 der Richtlinie ergibt (vgl. HessVGH Urteil vom 9.11.2006 3 UE 3238/03.A <juris>; ferner BayVGH Urteil vom 12.2.2007 23 B 06.30402 <juris> für allgemeine Gefahren aufgrund willkürlicher Gewalt im Rahmen eines bewaffneten Konflikts nach Art. 15 lit. c EGRL 83/2004).

II.

Zu Recht hat die Beklagte auch das Vorliegen von sonstigen Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 2, 3 und 5 AufenthG verneint. Eine solche Entscheidung ergibt sich aus Ziffer 2 des angegriffenen Bescheids in Verbindung mit den Gründen. § 73 Abs. 3 AsylVfG stellt sicher, dass im Falle eines Widerrufs dem Ausländer etwa ungeprüft gebliebene Schutzansprüche nicht verloren gehen. Diese stehen im Widerrufsverfahren uneingeschränkt in Bezug auf die aktuelle Tatsachenlage zur Verfügung. Doppel-, Mehrfach- oder Parallelprüfungen sollen bei dem auf Konzentration und Beschleunigung angelegten Verfahrenszweck, auch bei Geltendmachung konkurrierender gleichrangiger Ansprüche auf Abschiebungsverbote, vermieden werden (vgl. BVerwG Urteil vom 20.2.2001 DVBl 2001, 1000, 1002 zu der bis 31.12.2004 geltenden Fassung). Im Übrigen handelt es sich bei den Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 2, 3 und 5 AufenthG, wie sich schon aus der bisherigen Rechtsprechung ergibt (BVerwG a.a.O.), um einen einheitlichen, nicht weiter teilbaren Streitgegenstand, für den nur verschiedene rechtliche Anspruchsgrundlagen geregelt sind, die aber alle auf eine gleichartige Rechtsfolge gerichtet sind. Zu diesen Anspruchsgrundlagen für

denselben unteilbaren Streitgegenstand zählt seit der Rechtsänderung durch das Zuwanderungsgesetz vom 30. Juli 2004 (BGBl I S. 1950) ab 1. Januar 2005 auch § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG, so dass bei einem Widerruf des Abschiebungsverbots, das auf diese Anspruchsgrundlage gestützt war, die anderen Anspruchsgrundlagen zu prüfen waren.

Die Gleichwertigkeit und damit die Zugehörigkeit zu einem einheitlichen Streitgegenstand ergibt sich aus der Einbeziehung des § 60 Abs. 7 Satz 1 AufenthG in die Sollregelung für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG und daraus, dass im Gegensatz zu § 50 Abs. 3 Satz 2 AuslG jetzt § 59 Abs. 3 Satz 2 AufenthG ohne weitere Differenzierung vorsieht, in der Abschiebungsandrohung den Staat zu bezeichnen, in den nicht abgeschoben werden darf. Ferner wurde § 41 AsylVfG (nur gesetzliche Duldung von drei Monaten im Falle eines festgestellten Abschiebungshindernisses nach § 53 Abs. 6 Satz 1 AuslG) ersatzlos ab 1. Januar 2005 aufgehoben.

Für Ansprüche auf Feststellung eines Abschiebungsverbots auf der Grundlage von § 60 Abs. 2 bis 5 AufenthG ist aber aus folgenden Gründen nichts ersichtlich: Bei Zugrundelegung der eigenen Angaben des Klägers gibt es keine Hinweise auf eine drohende Folter oder dass er wegen einer Straftat gesucht würde. Ferner liegt auch kein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 AufenthG vor. Wie schon § 53 Abs. 4 AuslG, dem diese Bestimmung nachgebildet wurde, setzte ein solches Abschiebungsverbot nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zu § 53 Abs. 4 AuslG eine von einem Staat oder einer staatsähnlichen Organisation ausgehende gezielte Maßnahme voraus (BVerwG, Urteil vom 2.9.1997 NVwZ 1999, 311; Urteil vom 15.4.1997 NVwZ 1997, 1127; Urteil vom 17.10.1995 NVwZ 1996, 476). Maßnahmen solcher Verfolger, die die in der europäischen Menschenrechtskonvention gewährten Rechte verletzen könnten, hat der Kläger nicht dargetan. Auch für eine konkrete Gefahr unmenschlicher Behandlung des Klägers durch Maßnahmen nichtstaatlicher Akteure bei erwiesenermaßen fehlender Schutzwilligkeit oder Schutzfähigkeit des Staats, staatsähnlicher oder internationaler Organisationen, sollten diese Fälle wegen Art. 6 lit. c i.V.m. Art. 15 lit. b EGRL 83/2004 hiervon erfasst sein (vgl. BVerwG Beschluss vom 18.12.2006 a.a.O.) fehlen hinreichende Anhaltspunkte. Seine Gründe für eine behauptete Flucht sind auch derart widersprüchlich, dass dem Kläger Gründe für eine Ausreise aus Liberia und mit überwiegender Wahrscheinlichkeit drohende Gefährdungen bei einer Einreise nicht geglaubt werden können. Denn als Teilnehmer einer Demonstration will er einerseits sich gegen Rekrutierungen durch Taylor gewandt haben und (nur) von diesem verfolgt worden sein (Angaben in der Anhörung während des ersten Asylverfahrens), andererseits will er wegen der Demonstration ausschließlich von den "Rebellen", die er als Kämpfer für Doe bezeichnete, weshalb es sich gerade um die Gegner von Taylor handelt, gesucht worden sein, die den Kläger angeblich töten wollten (Angaben in der mündlichen Verhandlung vom 5.8.2003). Weiter liegen keine Anhaltspunkte in Bezug auf Maßnahmen

dritter Personen gegen den Kläger vor, und dafür, dass Liberia hierfür verantwortlich wäre.

Die Kostenentscheidung beruht auf §§ 154 Abs. 1 VwGO, 83 b AsylVfG.

Beschluss

Der Gegenstandswert beträgt 1.500,00 Euro (§ 30 RVG).

Dieser Beschluss ist unanfechtbar (§ 80 AsylVfG).